



Fotos: Metin Yilmaz

20. ordentlicher Gewerkschaftstag in Hannover – zweiter Teil

Bertold Huber: »Es ist dumm und töricht, die Tarifaufonomie aufzukündigen«

»Solidarität muss wichtigstes Kriterium sein«

Im zweiten Teil des 20. ordentlichen Gewerkschaftstags der IG Metall vom 14. bis 18. Oktober in Hannover stand die programmatische Arbeit auf der Tagesordnung. Rund 600 Delegierten diskutierten über die aktuelle politische Ausrichtung der IG Metall. Die Ergebnisse finden ihren Niederschlag in acht Entschlüssen, denen über 600 Anträge, elf Initiativanträge und 32 Ergänzungsanträge zugeordnet waren. Außerdem stimmten sie über 59 Anträge zur Satzung ab.

Beim Umbau des Sozialstaats muss das Prinzip der Solidarität das wichtigste Kriterium sein«, sagte Bertold Huber, Zweiter Vorsitzender der IG Metall, bei der Eröffnung. Nur eine sozial ausgewogene Reformpolitik könne die Unterstützung der Menschen und der IG Metall finden. Bei der Agenda 2010 sei dies aber nicht der Fall.

Huber nannte drei Themen, die für die IG Metall »ganz oben« auf der Tagesordnung stehen. Vorrangig gehe es darum, die Tarifaufonomie weiter zu entwickeln. Hohe Produktivität und geringe Konflikthäufigkeit

aufgrund der Tarifaufonomie seien bis heute für den Erfolg der deutschen Wirtschaft die Voraussetzung gewesen. »Es ist deshalb dumm und töricht, dass die Opposition die Tarifaufonomie aufkündigen will«, sagte Huber.

Heftig kritisierte er die mangelnde Ausbildungsbereitschaft der Betriebe. Trotz gegenteiliger Beteuerungen geschehe seit Jahren nichts. Die Zukunft der jungen Generation werde verspielt. Berufsausbildung und Weiterbildung werde zu einer existenziellen Frage des »Modell Deutschland«. Er forderte ein Ende der Versprechungen. Bundesre-

gierung, Länderregierungen und Parlamente müssen durchsetzen, dass alle Menschen eine Chance auf Ausbildung und Bildung erhielten. Das sei ihr grundgesetzlicher Auftrag.

Als weiteren Schwerpunkt nannte Huber den Umbau der sozialen Sicherungssysteme. Die IG Metall lehne »grundsätzlich« den Weg einer Entstaatlichung und Privatisierung ab. Sie werde nicht zu allen Vorschlägen nein sagen, aber sie verlange, dass Regierung und Opposition überzeugende Vorschläge zu einem »sozial gerechten Umbau« vorlegen. ◀

»Wir sagen ›nein‹ zu sozial ungerechter Politik«

In seinem Grundsatzreferat erteilte der Erste Vorsitzende Jürgen Peters der neoliberalen »Refomen« von Rot-Grün eine Absage. Diese Politik sei sozialpolitisch verantwortungslos und wirtschaftspolitisch unsinnig.

Heftige Kritik am »globalen Kapitalismus neuen Typs« übte Jürgen Peters, Erster Vorsitzender der IG Metall. Im Grunde genommen wäre Wohlstand für alle möglich, in Wirklichkeit bringe das System Armut für immer mehr Menschen. Schuld daran sei das »politische Projekt Neoliberalismus«. Auch die rotgrüne »Agenda 2010« sei davon geprägt. Unter anhaltendem Beifall kritisierte Peters: »Wir sagen nein zu einer Politik, die sich nicht für soziale Gerechtigkeit und mehr Arbeitsplätze engagiert.« Sie sei »wirtschaftspolitisch unsinnig und sozialpolitisch verantwortungslos«.

Auch die Angriffe auf die Tarifautonomie stehe unter der Prämisse des Neoliberalismus. »Wer hätte gedacht«, so Peters, »dass ausgerechnet unter einer sozialdemokratisch geführten Regierung dieser Stützpfeiler des Sozialstaats in Gefahr gerät?« Auch wenn die SPD nicht nur Arbeitnehmerinteressen ver-



Jürgen Peters: »Wir können nicht zur Tagesordnung übergehen«

pflichtet sei: »In unserem Grundgesetz steht: »Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.« Da steht nicht: In Zeiten der Globalisierung ist die Staatsgewalt an die globalen Finanzmärkte und die multinationalen Konzerne

zu übergeben«. Der Erste Vorsitzende erinnerte daran, dass »wir an einer Weggabelung stehen«. In kapitalistischen Gesellschaften gäbe es keine Bestandsgarantie für Gewerkschaften. In den Denkfabriken des Neoliberalismus werde längst über die Perspektive einer Gesellschaft ohne Gewerkschaften nachgedacht.

In den Betrieben dominiere immer noch das »Leitbild olympiareifer Belegschaften«. Immer öfter würden ältere Beschäftigte aus dem Arbeitsprozess aussortiert. Peters: »Wer schon 50-Jährige aus dem Erwerbsleben herausdrängt und gleichzeitig für die Rente mit 67 plädiert, der weiß entweder nicht, wovon er redet, oder er ist ein Scharlatan«.

Entschieden wandte sich Peters gegen Forderungen, die Arbeitszeit in Deutschland wieder zu verlängern. »Millionen von Menschen haben keine Arbeit, und die, die Arbeit haben, sollen länger arbeiten. Kürzere, nicht längere Arbeitszeiten sind die historische Antwort auf die steigende Produktivität der Arbeit.«

Gleichwohl werde die IG Metall die Gestaltung der Arbeitszeit ins Zentrum ihrer Politik stellen. Darüber hinaus werde sie eine Debatte über die Differenzierung der Tarifpolitik fortführen. Dieser Weg sei jedoch von zwei Bedingungen abhängig: Systeme, bei denen zugunsten einzelner Betriebe das Niveau des Flächentarifvertrags leidet, seien nicht akzeptabel. Außerdem dürfe es keine Eingriffe in regelmäßige, tarifliche Grundeinkommen geben.

Die Weiterbildung werde ein qualitatives Projekt künftiger Tarifpolitik sein, kündigte Peters an. In der Ausbildungsfrage warf er den Arbeitgebern »Blockadepolitik« vor. Er nannte es einen Skandal, das nicht einmal ein Viertel der Betriebe ausbilde und forderte die Bundesregierung auf, »einen Teil der Energie, die sie in die Kürzung von Arbeitslosenhilfe legt, für die Zukunft junger Menschen« einzusetzen.

Der Verlust von Mitgliedern sei derzeit das »Kernproblem« der IG Metall. Der Trend müsse umgekehrt werden: »Wir verlieren Mitglieder, weil wir Arbeitsplätze verlieren, aber wir gewinnen auch dort zu wenig Mitglieder, wo die Beschäftigung günstiger ist«, sagte Peters. »Angesichts dieser Entwicklung kann die IG Metall nicht zur Tagesordnung übergehen.« Peters forderte seine Organisation auf, die Intensität der Mitgliederwerbung zu verstärken und ins Zentrum der täglichen Arbeit zu stellen. ◀

Abschied von den ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedern



Claus Matecki, Reinhold Wirtz, Horst Schmitthenner, Karin Benz-Overhage, Erster Vorsitzender Jürgen Peters, Klaus Zwickel, Manfred Schallmeyer, Gerd Korsawe, Eckhard Redlich, Gustav Meier, Dieter Kroll (von links)

Entschließung 1

Gesellschaftspolitik und allgemeine Gewerkschaftspolitik

Die Globalisierung insbesondere auf den Finanz- und Kapitalmärkten, Währungsspekulationen und Finanztransaktionen führen zu unkontrollierbaren Risiken und drohen, Volkswirtschaften zu ruinieren. Es sei illusorisch, die weitere ökonomische und politische Globalisierung verhindern zu wollen, heißt es in der Entschließung 1. Sie sozial gerecht und ökologisch nachhaltig zu gestalten, sei die zentrale politische, gesellschaftliche und gewerkschaftliche Herausforderung.

Kritisiert wird die Vorherrschaft der neoliberalen Ideologie. Sie sei im Grunde eine antidemokratische Ideologie, die den Abbau demokratischer Einflussmöglichkeiten fordere. Im Gegensatz dazu müssten vielmehr die demokratischen Sozialmodelle in Europa verteidigt werden. Die Europäische Union müsse ihr politisches und ökonomisches Gewicht in den globalen wirtschafts- und sozialpolitischen Auseinandersetzungen stärker zur Geltung bringen.

Der Wandel in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik habe gravierende Auswirkungen auf die Gewerkschaftsbewegung. Die IG Metall reagiere auf den Wandel und gestalte ihn mit, um Gegenmacht zu bleiben und Gestaltungskraft zu behalten.

Das Leitbild für die IG Metall der Zukunft sei das einer kampfstarken und durchsetzungsfähigen Gewerkschaft, die in einer veränderten Arbeitsgesellschaft die differenzierten Interessen der Arbeitnehmerschaft tarifpolitisch wirksam und gesellschaftspolitisch erfolgreich vertreten kann. Die strategische Schlüssel-

aufgabe für die Zukunftssicherung der IG Metall liege darin, bei den Angestellten und in den produktionsnahen Dienstleistungen Fuß zu fassen.

Zu den wichtigsten Aufgaben in den kommenden vier Jahren gehören für die IG Metall:

- ▶ Die programmatische Erneuerung mit dem Ziel »Vielfalt solidarisch gestalten« fortführen
- ▶ Industrielle und industriennahe Beschäftigung in Deutschland sichern
- ▶ Die Realeinkommen zu sichern, Leistungs- und Qualifizierungsbedingungen tarifvertraglich verbessern, die Differenzierung in der Arbeitswelt durch Tarifvertrag gestalten
- ▶ Der gerechte Umbau des Sozialstaats
- ▶ Die europäische und weltweite Gewerkschaftsarbeit stärken
- ▶ Die Mitgliederentwicklung ins Zentrum der Arbeit stellen
- ▶ Im Bereich der industriellen und industriennahen Dienstleistungen, der Informations- und Kommunikationstechnik betrieblich und tariflich besser verankert sein
- ▶ Gender Mainstreaming in allen Bereichen der IG Metall ausreichend verankern
- ▶ Den Konsolidierungskurs bei den Ausgaben und der Personalentwicklung der IG Metall fortsetzen. ◀



Joachim Bigus, Osnabrück
Die Europäische Union baut Eingreiftruppen auf und in den verteidigungspolitischen Richt-



linien ist schon seit Anfang der Neunzigerjahre die Rede vom Auftrag, Rohstoffe und Märkte weltweit zu erobern. Diese Politik wird auch durch Sozialabbau finanziert. Wir wären als IG Metall gut beraten, die Militarisierung unserer Außenpolitik abzulehnen. ◀

Werner Baeumler, Weinheim
Der sogenannte »demografische Faktor« wird an Stellen strapaziert, an denen er überhaupt nicht passt. Ich möchte es an einem extremen Beispiel deutlich machen: Wenn man nur die demografische Entwicklung berücksichtigen würde, dann müsste es in Indien oder Bangladesch Renten von 4000 oder 5000 Euro pro Monat geben. ◀

Doris Müller, Chemnitz
Die Ausgrenzung Erwerbsloser lässt sich nicht durch eine schöne Papierlage ändern. Deshalb fordere ich euch auf, in den Betrieben über Ursachen und Folgen von Erwerbslosigkeit zu diskutieren. Den Vor-

stand bitte ich, eine gesamtgesellschaftliche Diskussion zur Zukunft der Arbeit in Gang zu setzen. Wir brauchen eine Neuverteilung der Arbeit, und wir brauchen neue Arbeitsplätze. ◀

Alfred Schleu, Gelsenkirchen
Sicherlich gibt es Unternehmen, die bei der Frauengleichstellung freiwillig aktiv geworden sind. Das ist leider nur vereinzelt der Fall. Der weitaus größte Teil hat sich vornehm zurückgehalten. Es ist fraglich, warum sie nun plötzlich ohne Druck aktiv werden sollten. Deshalb müssen wir die Initiative für ein Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsgesetz von Neuem ergreifen. ◀

Uwe Hück, Stuttgart
Die Regierungskoalition hat die Gesetzesvorlage der Opposition zur Einschränkung der Tarifautonomie zwar abgelehnt, aber der Bundesrat und der Vermittlungsausschuss werden sich damit befassen. Dort traue ich keiner der Parteien. Ich habe Angst,



dass dort ein Tauschgeschäft gemacht wird. Das ist nicht akzeptabel. Wir sollten denen jetzt sagen: Hände weg von der Tarifautonomie. ◀

Meiste Delegierte ehrenamtlich: Von den 593 Delegierten in Hannover waren knapp 75 Prozent Männer. Rund 80 Prozent waren ehrenamtlich und der Anteil der Delegierten mit ausländischem Pass betrug knapp fünf Prozent. Fast jeder Vierte der ehrenamtlichen Delegierten war ein Angestellter. Das Durchschnittsalter lag bei 47 Jahren. ◀



Entschließung 2

Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik

Die neoliberale und unsoziale Wirtschaftspolitik hat die Massenarbeitslosigkeit nicht bekämpft. Vielmehr wurde die Kluft zwischen arm und reich vertieft, wird in der Entschließung 2 kritisiert. In Deutschland gerieten Beschäftigte, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger und Rentner durch Sozialabbau und eine verschärfte Arbeitsmarktpolitik unter Druck, ohne mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Die Haushaltskürzungen unter dem Diktat des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts hätten dazu beigetragen, die konjunkturelle Schwächephase zu verlängern.

Deshalb fordert die IG Metall einen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik. Es müsste qualitatives Wachstum gefördert werden, um Arbeitsplätze und sicheres Einkommen zu schaffen. Die Geld-, Finanz-, Lohn- und Steuerpolitik müsste aufeinander abgestimmt werden, um dieses Ziel zu erreichen.

Vor allem in Bildung und Erziehung, in die soziale Infrastruktur, im Verkehrsbereich und im Gewässer und Umweltschutz müsse investiert werden. Vorrangig sei, den dringenden Investitionsbedarf der Gemeinden zu befriedigen. Die öffentliche Investitionsquote müsse mindestens auf das europäische Durchschnittsniveau von 2,5 Prozent angehoben werden.

Auch der private Konsum sei ein Motor für Wachstum und Beschäftigung. Allerdings habe die Verbrauchernachfrage in den vergangenen Jahren unter stagnierenden Reallohnen gelitten. Die Tarifforderungen der IG Metall würden sich auch in Zukunft an den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen orientie-

ren. Dabei blieben die Komponenten Produktivität, Preise und Umverteilung der Hauptmaßstab.

Auch die Steuerpolitik müsse einen Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit leisten. Vermögende und Unternehmen müssten angemessen an der Finanzierung öffentlicher Ausgaben beteiligt werden. Dafür müsse wieder eine Vermögenssteuer auf große Vermögen eingeführt und die Erbschaftsteuer reformiert werden. Eine niedrige Abgeltungssteuer auf Zinseinkünfte und eine Amnestie für Steuerflüchtlinge lehnt die IG Metall ebenso ab wie die Senkung des Spitzensteuersatzes. Europaweit müssten die Mindeststeuersätze für Unternehmen harmonisiert und die Öko- und Energiesteuern geregelt werden.

Die Delegierten des Gewerkschaftstags sprachen sich gegen eine Kürzung der Entfernungspauschale und gegen die Angriffe auf die Steuerfreiheit von Wochenend-, Schicht- und Nachtzuschlägen aus. Diese seien keine Subventionen sondern Werbungskosten, die mit dem Erbringen der Arbeitsleistung der Arbeitnehmer verbunden seien. ◀

Witich Roßmann, Köln

Industriebetriebe mit Tarifverträgen und Betriebsräten exportieren erfolgreich. Wir müssen uns in allen wirtschaftspolitischen Fragen so



einbringen, dass Industrie in unserer Gesellschaft weiterhin möglich ist, dass Industrie stabilisiert wird. Dass alles tun wir ja nicht, damit die IG Metall stabil ist, sondern weil dies unsere Kernkompetenz in der Welt ist, mit der wir Geld verdienen können und auf der unser Reichtum beruht. ◀

Andreas Blechner, Salzgitter

In das Atommülllager, das in Salzgitter eventuell entstehen kann, soll 95 Prozent des Atommülls aus ganz Europa eingelagert werden – schwach- und mittelradioaktiv. Das Einzige, was noch nicht hineinkommen soll, sind die Brennstäbe. Es wird aber auch darüber gesprochen, dass eine sehr große Menge Plutonium

dort eingelagert werden soll. Das Atommüllendlager wäre direkt auf dem Hüttengelände des Stahlwerks. Wir von Volkswagen sind nur 800 Meter Luftlinie entfernt. Ich will gar nicht daran denken, was passiert, wenn es zu einem Unfall kommt. ◀

Herrmann von Schuckmann, Ludwigsfelde

Es ist ein Skandal, dass neuerdings alles als Subvention bezeichnet wird, was an Vergünstigungen wie Arbeitnehmerfreibetrag, Entfernungspauschale, Steuerfreiheit für Wochenendzuschläge bisher gewährt wurde. Wir bekommen ja als Arbeitnehmer geradezu ein schlechtes Gewissen, dass wir auf einmal die großen Subventionsempfänger



ger dieses Landes sind. Das haben wir bisher ja noch gar nicht gewusst. Es ist ein politisches Signal, dass dieser Gewerkschaftstag sagt: Diese Perversion des Denkens lassen wir uns nicht gefallen. ◀

Jung trifft Alt: Die 18-jährige **Sonja Vollrath**, war die jüngste Delegierte; sie lernt Industriekauffrau bei Zarges in Weilheim. »Die Jugendarbeit in den Verwaltungsstellen muss verbessert werden«, fordert sie.

Der älteste Delegierte hat sein Berufsleben hinter sich gelassen. **Gerhard Bohling** ist 72 Jahre alt und engagiert sich beim Seniorenausschuss der IG Metall in Bremen »Zwei Rentner bei den Delegierten und 560 000 Mitglieder, das Missverhältnis muss aufgehoben werden«, sagt der ehemalige Chemielaborant. Die IG Metall müsse mehr die Interessen der älteren Metallerinnen und Metaller beachten. ◀



Entschließung 3

Tarifpolitik

Tarifautonomie und der Flächentarifvertrag werden auch zukünftig im Zentrum gewerkschaftlicher Politik stehen, heisst es in der Entschließung 3. Die IG Metall werde sich allen Plänen widersetzen, die Tarifautonomie zu schwächen. Nur durch das Streikrecht bleibe das Kräftegleichgewicht von Arbeitnehmern und Arbeitgebern gewahrt. Die Bundesregierung wird aufgefordert, das Wahlversprechen der SPD einzulösen und den Antistreikparagrafen 146 Sozialgesetzbuch III (kein Kurzarbeitergeld bei Arbeitskämpfwirkungen außerhalb des Streikgebiets) zu verändern und zumindest die alte Regelung wieder herzustellen.

Der Flächentarifvertrag müsse weiterentwickelt werden, weil die Anforderungen an ihn wachsen. Die Tarifpolitik müsse sich den differenzierteren Realitäten in den Betrieben stellen.

Den Beschäftigten müsse ein verbindlicher Rahmen für individuelle Entfaltung und Gestaltungsspielräume in der Arbeit geboten werden. Dazu gehörten Anspruchs-, Beteiligungs- und Reklamationsrechte. Die wesentlichen Schutznormen für die Beschäftigten sollen dabei erhalten bleiben.

Illegale, von den Tarifverträgen abweichende Regelungen oder sogenannte »betriebliche Bündnisse«, die den Beschäftigten längere Arbeitszeiten und Entgeltkürzungen ohne Gegenleistungen, zum Beispiel Beschäftigungssicherung, bringen, lehnt die IG Metall ab. Ebenso unkonditionierte Öffnungsklauseln in Tarifverträgen, die Betriebsräte der Erpressung durch die Arbeitgeber aussetzen.

Die IG Metall hält daran fest, durch Arbeitszeitumverteilung und Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen. Ziel bleibe, die 35-Stunden-Woche in allen Branchen in

West- und Ostdeutschland. Für besonders belastete Beschäftigtengruppen seien neben der Verbesserung der Arbeitsbedingungen passende Elemente der Arbeitszeitverkürzung zu verwirklichen. »Arbeiten ohne Ende« und der »Entgrenzung von Arbeit« sei Einhalt zu gebieten.

Die aktive Einkommens- und Verteilungspolitik soll ausgebaut werden. Zur Debatte um ertragsabhängige Lohnbestandteile heißt es: »Die Tarifpolitik der IG Metall ist und bleibt den Interessen aller Beschäftigten in ihrem Organisationsbereich verpflichtet.« Modelle, die auf eine ertragsabhängige Differenzierung der monatlichen Grundentgelte zielen, werden abgelehnt. Dies gelte auch für Modelle, die mit der Gefahr verbunden seien, dass die Höhe der Tarifabschlüsse in der Fläche sinkt.

Die tarifliche Regelung erfolgsabhängiger Entgelte könne deshalb nur zusätzlich zu den heute bestehenden tariflichen Entgelten vereinbart werden.



Abweichungen nach unten, wie es die Arbeitgeber wollten, werden von der IG Metall zurückgewiesen. Denkbar sei, ertragsabhängige Entgelte als zusätzlichen tariflichen Baustein für gesonderte Jahreszahlungen zu vereinbaren.

Der Gewerkschaftstag beschloss in einem Ergänzungsantrag, dass bis Ende des Jahres 2005 der Verständigungsprozess über eine stärker »erfolgsabhängige Differenzierung der Tarifpolitik durch einen Beschluss des Vorstands über die mittelfristige tarifpolitische Planung vorläufig abgeschlossen« wird. ◀

Debatte

Wolfgang Räschke, Salzgitter

Es wird immer wieder behauptet, dass eine zweistufige ertragsabhängige Differenzierung notwendig ist, weil durch Globalisierung und Standortkonkurrenz auch eine stärkere Differenzierung in den Betrieben stattfindet. Ich glaube, das ist nicht so. Es wird zwar immer wieder behauptet, kann aber nirgendwo in irgend einer Weise empirisch belegt werden. ◀

Jürgen Brandies, Hanau

Wenn ihr das wirklich braucht, was ich nachvollziehen kann für



Betriebe, in denen hohe Umverteilung möglich ist, ist das kein Thema. Natürlich ist es für uns als Gewerkschaft gut, wenn wir dort noch Geld herausholen. Das geht aber auch mit einem Ergänzungstarifvertrag. Dafür brauchen wir keine grundsätzliche Umstellung unserer Tarifpolitik. ◀

Beatrix Gerhard, Wuppertal

Vor drei bis vier Jahren haben wir das Thema Tarifbindung angepackt und nach anfänglichen Schwierigkeiten sehr gute Ergebnisse erzielt. Zuerst wurden die Potenziale in den Betrieben untersucht: Durchsetzungskraft des Betriebsrats, Organisationsgrad der Beschäftigten sowie wirtschaftliche Situation des Be-

triebs. Es wurden betriebliche Tarifkommissionen gebildet und es konnte losgehen. Inzwischen haben wir in zehn Betrieben die Tarifbindung durchgesetzt. ◀

Helmut Lense, Stuttgart

Das eine Ziel der Differenzierung ist eine möglichst hohe prozentuale Erhöhung ohne Unterschied in der Fläche für alle Betriebe. Ein zweites Ziel ist, dass wir möglichst viel Entgelt



mit der IG Metall aushandeln und für die Kolleginnen und Kollegen deutlich wird: Die IG Metall ist zuständig für den ganzen Teil der Einkommenspolitik, nicht nur für einen kleinen. Wir müssen damit das optimal ausnützen, was in einzelnen Betrieben über die Fläche hinaus möglich ist. ◀

Uwe Fritsch, Braunschweig

Wir haben unlängst »Zehn Jahre Vier-Tage-Woche« oder die Verkürzung auf 28,8 Stunden bei VW festlich begangen. Lasst uns bei Volkswagen nicht mehr zu lange allein. Denn manches kann man auf Dauer nicht halten, wenn nicht andere Kolleginnen und Kollegen nachziehen. ◀



Entschließung 4

Sozialstaat und Sozialpolitik

»Die gleichwertige Beteiligung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern an der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme ist ein Eckpfeiler der sozialen Sicherungssysteme«, hält die Entschließung 4 fest. Sie müsse gesichert, oder »wieder hergestellt werden«. Aufgrund von »Wachstumsschwäche, Massenarbeitslosigkeit und einer angebotsorientierten Steuer- und Finanzpolitik« sei das sozialstaatliche Finanzierungsmodell aber weiter zu entwickeln. Die IG Metall fordert, die gesetzliche Renten- und Krankenversicherung zur »Erwerbstätigen-Versicherung« weiter zu entwickeln. Dabei sollen weitere Beschäftigungsgruppen und Einkünfte aus Kapitaleinkommen einbezogen werden.

Das künftige Arbeitslosengeld II »muss für alle, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen und keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben, gewährt werden«. Gleichzeitig ist die paritätische Beitragsfinanzierung durch einen Bundeszuschuss zu ergänzen. Bereits erfolgte Kürzungen bei der Arbeitslosenhilfe brechen für die IG Metall »mit tragenden Strukturprinzipien des Sozialstaats«. Gleiches gilt auch für die »aktuellen Vorschläge zur Kürzung der Bezugsdauer

des Arbeitslosengelds«. Daher engagiert sich die IG Metall für »ein breites gesellschaftliches, reformorientiertes Bündnis«, um diese Angriffe abzuwehren.

Die geplante Anhebung des gesetzlichen Rentenalters lehnt die IG Metall strikt ab. Stattdessen müssen in den Betrieben die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass die Beschäftigten länger arbeiten können. Nach 45 Versicherungsjahren muss es möglich sein, ab einem Alter von 60 Jahren in Rente zu gehen – ohne Abschlüge.

Zunehmende Gesundheitsbelastung infolge des wachsenden Leistungsdrucks zeigen, dass eine »neue gewerkschaftliche und politische Initiative für eine Humanisierung der Arbeit« nötig ist. Die IG Metall greift dieses Anliegen mit dem Projekt »Gute Arbeit« auf.

Die IG Metall wird sich in den nächsten Monaten für die Realisierung ihrer reformpolitischen Alternativen engagieren. Um bevorstehende Entscheidungen im Bundestag und Bundesrat noch zu beeinflussen, »wird die IG Metall die eingeleiteten Aktivitäten verstärkt fortsetzen«. Gleichzeitig wird der Vorstand beauftragt, ein »mittelfristig ausgerichtetes Konzept vorzulegen«.

Gerd Bauer,
Reutlingen-Tübingen

Unser Ziel muss sein, dass der Mensch gesund und aufrecht am Ende seiner Lebensarbeitszeit aus der Fabrik herausgeht und nicht gezwungen ist, auf



allen Vieren über die Ziellinie zu robben. ◀

Harald Serth, Herborn

Wenn wir nichts gegen den beabsichtigten Sozialabbau tun, werden wir das nächste Mal bestraft, entweder durch die Ver-



kürzung der Bezugsdauer für Arbeitslosengeld, oder durch die niedrigere Rente. Wir brauchen klare Konzepte und Aktionen. ◀

Hans-Peter Wieth, Herborn

Auf was wollen wir denn warten? Bis zum 7. November werden die in der großen Koalition das durchziehen, was wir in dicken Papieren beschreiben. Ich möchte Euch bitten und aufrufen, dafür Sorge zu tragen, dass am 1. und 7. November sowohl in Berlin vorzeigbare Veranstaltungen zustande kommen, als auch in den Bezirken und Verwaltungsstellen unserer IG Metall. ◀

Rainer Herth, Offenbach

Da gibt es die Haltung: Wir müssen durch Gespräche mit den Regierenden einen Konsens finden. Wir müssen die überzeugen, die den Sozialraub planen und durchführen, damit sie davon ablassen, wir müssen in der Öffentlichkeit für unsere Ideen werben. Ich halte diese Politik eigentlich für gescheitert. Denn die Praxis dieser Regierungspolitik heißt doch Hartz-Gesetze, heißt Gesundheitsreform, heißt Rürup, heißt Sozialraub, bei dem wir immer draufgelegt haben. Ich habe das Gefühl, offen-



sichtlich reicht das nicht, was wir tun, offensichtlich müssen wir noch etwas zulegen. ◀

Werner Bastian, Mittelhessen

Ich würde mir wünschen, dass über diesen Gewerkschaftstag einmal gesagt wird: Der erste Teil im August war der Teil mit den schlechtesten Wahlergebnissen für den Ersten und den Zweiten Vorsitzenden. Aber der zweite Teil, der im Oktober, war der, aus dem die stärkste politische Bewegung der Gewerkschaft hervorgegangen ist. ◀



Entschließung 5

Betriebs- und Mitbestimmungspolitik

Die Kraft für tarifpolitische Konflikt- und gesellschaftliche Reformfähigkeit muss aus den Betrieben heraus entfaltet werden. Das fordert die Entschließung 5 zur Betriebs- und Mitbestimmungspolitik. Eine kreative und konfliktbereite sowie eine kompetente und beteiligungsorientierte Betriebsarbeit sei entscheidende Voraussetzung, die Attraktivität der IG Metall zu steigern, neue Mitglieder zu gewinnen und für eine aktive Mitarbeit motivieren zu können.

Der Ausbau einer beteiligungsorientierten Betriebspolitik werde immer notwendiger. Dabei komme der Zusammenarbeit zwischen Beschäftigten, Vertrauensleuten und Betriebsräten ein hoher Stellenwert zu. Durch die zunehmende nationale wie internationale Vernetzung von Unternehmen und Betrieben sei es erforderlich, betriebsübergreifender, globaler und branchenbezogener zu handeln.

Die Arbeit der Betriebsräte habe eine starke Ausstrahlung auf die gewerkschaftliche Politik. Eine enge gewerkschaftliche Bindung der Betriebsräte sei die Basis für eine dynamische und erfolgreiche Fortentwicklung der Betriebs- und Tarifpolitik. Die Arbeit der Gremien werde zukünftig internationaler gestaltet werden müssen.

Zu den Schwerpunkten gewerkschaftlicher Betriebspolitik gehöre die Beschäftigungssicherung, die »Qualität der Arbeit«, Qualifizierung, Gleichstellung, Mitgliederwerbung und die Arbeit der verschiedenen Betriebsratsgremien.

Betriebspolitik müsse sich zukünftig stärker auf Klein- und Mittelbetriebe und die Branchenarbeit ausrichten. Die Forderung nach paritätischer Mitbestimmung sei unverändert der zentrale Eckpunkt zur Gestaltung einer demokratisierten Wirtschaftsordnung. Die IG Metall weist alle Forderungen von konservativen Kräften und Wirtschaftsverbänden zurück, die die Mitbestimmung beseitigen oder schwächen wollen.

Weitere Aufgaben der Betriebspolitik:

- ▶ Die Arbeit der Vertrauensleute ist durch Ausbau ihrer Kompetenzen und durch stärkere Beteiligung an der Betriebsratsarbeit zu verbessern.
- ▶ Mitgliederwerbung muss zentrale Aufgabe der Betriebsräte sein.
- ▶ Die Mitbestimmung – vom Arbeitsplatz bis zur Konzernebene – sichern und ausbauen.
- ▶ Soziale, rechtliche und ökologische Mindeststandards umsetzen und die Zahl der Weltbetriebsräte erhöhen. ◀

Konrad Sprenger, Mittelhessen

Die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes hat einige Verbesserungen gebracht, die aber hauptsächlich die Betriebsratsarbeit erleichtern und verbessern helfen. Die Vertrauensleutenarbeit ist davon relativ wenig betroffen. Wir fordern eine Ausweitung des Schutzes für Vertrauensleute und die Möglichkeit, Freiräume für die Vertrauensleute zu erhalten.

Gottfried Meyer, Remscheid-Solingen

Wenn wir es ernst nehmen mit der Europäisierung der Arbeits-

beziehungen, dann muss auch die Basis dafür verbessert werden. Wir brauchen eine stärkere Vernetzung unserer Euro-Betriebsräte. Sie brauchen intensiven Erfahrungsaustausch.

Stefan Vollmer, Arnberg

Wenn man die Branchenarbeit stärkt, stärkt das auch die Betriebspolitik. Die hohe Fachkompetenz, die es in den verschiedenen Branchen gibt – Holz, Kunststoff, Gießereien, Textil und andere – zeigt auch, wie schnell und flexibel die Gewerkschaften reagieren und sich auf neue Situationen einstellen können.



Protest im Saal und vor der Halle in Hannover: »Hände weg von den Tarifen«

Pfiffe für die Politik: Heißer Empfang für Franz Müntefering (SPD), Angela Merkel (CDU), Krista Sager (Bündnis 90/Grüne) und Wolfgang Gerhard (FDP). Die Politiker nahmen an dem Podiumsgespräch teil – und wurden bereits bei ihrer Ankunft von über

200 Metallern und Metallern aus Hannover ausgepfiffen.

Dieter Schaefer, Sekretär in Hannover, an die Adresse der Politik: »Tarifverträge müssen auch in Zukunft von den Gewerkschaften ausgehandelt werden, lasst Eure Hände von der Tarifautonomie.« ◀

Aus 34 Ländern der ganzen Welt waren 57 Gewerkschafter zu Gast in Hannover. Unter den Teilnehmern: **Marcello Malentacchi**, Generalsekretär des Internationalen Metallgewerkschaftsbunds (IMB), Baeh Soonhwan, Vorsitzender der koreanischen Metallarbeiter-Gewerkschaft (KMWF): »Die IG Metall«, staunte der Koreaner, »ist eine einflussreiche Organisation.«

Mohammed Amara vom palästinensischen Gewerkschafts-Dachverband PGFTU beeindruckte insbesondere der Stil der Diskussionen: »Die Delegierten respektieren unterschiedliche Meinungen.«

Dem Griechen **Manolis Kontopanos**, Vorsitzender der griechischen Metallgewerkschaft POEM, imponierte das politische Niveau der Diskussion: »Das wird sich auch auf europäischer Ebene positiv auswirken.« ◀





Jugendliche stellen Schröder zur Rede: Rund 20 junge Metallerrinnen und Metalller haben Bundeskanzler Gerhard Schröder auf dem Gewerkschaftstag das IG Metall-Konzept für mehr Ausbildungsplätze überreicht. **Thoms Höhn** (24), Delegierter aus Schweinfurt: »Eine tarifliche Lösung, wie sie Schröder will, reicht nicht. Wir brauchen ein Gesetz, damit sich auch Betriebe finanziell beteiligen, die nicht tarifgebunden sind.« Auf eine Zusage warteten die Metallerrinnen und Metalller freilich vergeblich. Höhn: »Schröder hat lediglich sein Versprechen wiederholt, am Ende des Jahres Bilanz zu ziehen, das ist zu wenig.« Immerhin lud der Kanzler die Jugendlichen anschließend zu sich ins Kanzleramt ein. Er will sich ihr Konzept erläutern lassen. ◀

Entschließung 8

Bildung und Qualifizierung

Die Bildungspolitik der IG Metall orientiert sich an sozialer Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Durchlässigkeit. Bildung und Qualifizierung seien sowohl der Schlüssel für die wirtschaftliche Entwicklung als auch für eine humane und demokratische Gestaltung der Gesellschaft. Dieses bildungspolitische Leitbild verabschiedeten die Delegierten des Gewerkschaftstags in der Entschließung 8 »Bildung und Qualifizierung«.

Gewerkschaftliche Bildung umfasse berufliche, allgemeine, politische und kulturelle Bildung. Sie beziehe sich auf die Verbesserung der Arbeits- und Berufs-

chancen der Menschen und ihrer Lebensbedingungen. Sie zielen auf die Fähigkeit der Menschen, gesellschaftliche Verhältnisse zu erkennen und zu verändern.

Der Gewerkschaftstag fordert von der Bundesregierung ein Programm zur »Herstellung gleicher Bildungsschancen« und eine Politik »Bildung für Alle«. Die IG Metall lehne alle Bestrebungen ab, Bildung weiter zu kommerzialisieren.

Im Bereich der beruflichen Bildung fordert sie ein zeitgemäßes Berufsbildungsgesetz, um die Schwachstellen der dualen Berufsausbildung zu beseitigen und das Ausbildungssystem

in eine internationale Spitzenposition zu bringen. Das Recht auf Ausbildung soll gesetzlich verankert werden. Nichtausbildende Betriebe seien in die Kosten der Nachwuchsausbildung mit einzubeziehen. Mit einer Initiative für ein Bundesweiterbildungsgesetz fordert die IG Metall den Zugang zur Weiterbildung für alle, die keinen ausreichenden Tarifschutz haben.

Weitere Arbeitsschwerpunkte:

▶ Die IG Metall will die Zusammenarbeit mit den Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen verbessern und ein ehrenamtliches Gutachter-Netzwerk für ingenieurwissenschaftliche und Informatik-Studiengänge aufbauen

▶ Die regionale Bildungsarbeit sowie Ausbildungsgänge und Weiterbildungsangebote der Bildungsstätten sollen weiterentwickelt und neue Bildungsangebote eingeführt werden.

Die Delegierten des Gewerkschaftstags entschieden, dass die Bildungsstätten während der Erprobungsphase des gewerkschaftlichen Bildungsangebots bis Ende 2006 sowohl alte als auch neue Seminarstrukturen anbieten. Zudem soll eine Debatte zu den inhaltlichen und methodischen Anforderungen eingeleitet und ein Erfahrungsaustausch organisiert werden. Am Ende der Erprobungsphase berät eine Bildungstagung über die zukünftige Seminarstruktur und spricht eine Empfehlung an den Vorstand aus. ◀

Bianca Gruner, Stuttgart
Wesentliche Erkenntnisse aus der Jugendstudie, die wir in Baden-Württemberg durchgeführt haben, sprechen klar für eine pragmatischere Anlage der Jugendbildung. Das bedeutet unter anderem, über alltägliche



und damit verständliche Beispiele an den Interessenskonflikt heranzuführen. ◀

Frank Patta, Wolfsburg
Die Bildungsarbeit der IG Metall muss auch zukünftig die gemeinsame Arbeit von Vertrauensleuten und Betriebsräten stärken. ◀

Mathias Franz, Mainz-Worms
Nur über eine gesetzliche Regelung ist es möglich, ein auswahlfähiges Angebot an Ausbildungsplätzen sicherzustellen. Betriebe müssen endlich in die Pflicht genommen werden, da-

mit sie ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nachkommen und ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. ◀

Werner Dreibus, Offenbach
Wir brauchen eine Bildungsarbeit, die uns hilft, die uns stärkt in diesen Auseinandersetzungen. Es geht um Kompetenzen,



um Fähigkeiten. Ich glaube, in unserer Bildungsarbeit muss auch das Herz und das Gefühl angesprochen werden und nicht nur der Verstand. ◀

Thomas Händel, Fürth
Ich hätte mir gewünscht, dass die Frage der Organisation unserer regionalen Bildungsarbeit etwas mehr Würdigung findet. Wo entwickeln wir beispielsweise ein strategisches Konzept in unserer Bildungsarbeit, um uns stärker mit gewerkschaftsnahen Bildungsanbietern zu verbünden? ◀

»Bild« hetzt Billige Kampagne

In den Wochen vor und nach dem Gewerkschaftstag sind vereinzelt Artikel erschienen, wonach Jürgen Peters »Luxus-Villen« erworben und mit den Mietern »unsozial« umgegangen sein soll. Insbesondere »Bild«-Hannover hatte es sich zur Aufgabe gemacht, eine billige Kampagne gegen den IG Metall-Vorsitzenden in Gang zu setzen. Während des Gewerkschaftstags nahmen einige Zeitungen die Gelegenheit war, mit auf diesen Zug zu springen.

Wahr ist, dass Peters mit sieben weiteren Partnern in Hannover zwei Häuser mit Grundstück von einer städtischen Gesellschaft für 690 000 Euro gekauft hat – keine »Luxus-Villen«, wie in den Medien geschrieben wurde, sondern Häuser, die saniert werden müssen. Sie sind in einem Zustand, der Mieter veranlasst hat, die Miete zu mindern. Die Häuser wurden Anfang Januar über ein öffentliches Bieterverfahren erworben. Im März erfolgte die Übergabe der Objekte. Die Gespräche mit den Mietern führte im Auftrag der neuen Eigentümer Rechtsanwalt Christoph Gebauer – »in einer ausgesprochen angenehmen Atmosphäre«, wie Gebauer in einem Brief an Peters bestätigte und der den Delegierten des Gewerkschaftstags vorlag.

Fakt ist: Keinem Mieter wurde gekündigt, und niemand wurde zum Auszug gezwungen. Im Gegenteil: Den Mietern wurden Umzugsbeihilfe und tatkräftige Unterstützung bei der Suche nach geeigneten Wohnungen angeboten. Und: Mehrere Mieter haben das Angebot bereits angenommen. ◀



Preisgekröntes Foto von Lotte Lindner und Till Steinbrenner: »family II«

Kunstpreis verliehen: Der Gewerkschaftstag startete mit der Vergabe des Kunstpreises. Der Erste Vorsitzende Jürgen Peters überreichte die Gewinne. **»Vielfalt solidarisch gestalten«**, lautete das Motto des fünften Kunstpreises, den die IG Metall ausgeschrieben hatte. Die Jury entschied sich dafür, den Preis gleich dreimal zu vergeben: **Lotte Lindner / Till Steinbrenner** präsentierten eine Fotografie; **Jörg Frank** imponierte mit einer Malerei sowie **Uta Zaumseil**, die mit einer traditionellen Technik des Farbholzschnitts am Wettbewerb teilnahm. Die Kunstwerke der Preisträger sowie von weiteren vier Künstlern, werden in einem Katalog vorgestellt. Jedes Werk wurde mit jeweils 6000 Euro honoriert. Insgesamt hatten rund 430 Künstler Arbeiten eingereicht. ◀



Preisträger: Till Steinbrenner, Lotte Lindner, Jörg Frank und Uta Zaumseil (von links) mit Jürgen Peters und Kirsten Rölke (Zweiter und Dritte von links)



Ehrung für Zwickel: Sieben Verwaltungsstellen machten auf einem Stand während des Gewerkschaftstags ihre langjährige Zusammenarbeit mit dem jeweiligen spanischen Kooperationspartner bekannt. Manuel Fernández Lopez, genannt »Lito«, Generalsekretär der spanischen Gewerkschaft MCA-UGT, überreichte Klaus Zwickel, ehemaliger Vorsitzender der IG Metall, einen Karton mit spanischem Rotwein als Anerkennung für die »Europäisierung der Gewerkschaften«. »Es ist sehr wichtig, dass in Europa ein intensiver Austausch stattfindet«, sagte Lito. Zwickel versprach, »diese Arbeit auch weiterhin« zu unterstützen. ◀



Gewerkschafts-Kindergarten:

Der zehnjährige Marian Brachmann war einer von 13 Kindern im Gewerkschafts-Kindergarten des Kongress-Zentrums. »Mama braucht sich keine Sorgen machen, die drei Betreuerinnen passen schon gut auf«, betont Marian. Der Kindergarten war täglich unterwegs. »Der Zoo ist der schönste, den ich je gesehen habe«, erzählt der neunjährige Thimo Schindler. Auch habe ihm der Museumsbesuch gefallen. Außerdem standen noch andere Ausflüge auf dem Plan, wie zum Beispiel Kino. »Wir waren täglich vier Stunden draußen, das war auch nötig«, sagt die Betreuerin Daniela Schmitz, im normalen Leben Sekretärin beim IG Metall-Vorstand in Frankfurt. »Für mich war das eine angenehme Abwechslung im Berufsleben, das sich von mir aus jederzeit wiederholen darf.« So schlecht können die »Betreuerinnen« nicht gewesen sein, denn keiner der Eltern hat sich beschwert. Gegen 20 Uhr konnten sie ihre Kleinen abholen. ◀